

# „Sie haben den Fluss getötet.“

Wie deutsche Kredite, Versicherungen und Technologie Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden an Kolumbiens größtem Staudamm absichern.

Dossier // Dezember 2021



Foto: John Jairo Jaramillo / Hidroituango / CC BY 2.0

Die Flutkatastrophe am Hidroituango-Staudamm im Frühjahr 2018 hat Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden an Kolumbiens größter Baustelle international in den Fokus gerückt. Dabei sind Straftaten im Zusammenhang mit dem Großprojekt bereits seit Jahren öffentlich bekannt und umfassend dokumentiert. Betroffene und Menschenrechtsverteidiger\*innen, die Widerstand gegen das Projekt leisten und sich für ihre Rechte einsetzen, werden bedroht und ermordet. Deutsche Unternehmen hielt das nicht davon ab, Hidroituango mit Krediten, Rückversicherungen, Elektronik und Hydraulik zu versorgen.

Erst lag das Flussbett trocken, dann kam die Flut. Am 28. April 2018 stand der Hidroituango-Staudamm im Nordwesten Kolumbiens vor dem Kollaps. Die Staumauer war noch nicht fertig gestellt, da staute sich auf der größten Baustelle des Landes urplötzlich der Cauca-Fluss auf. Über Tage kam unterhalb der Talsperre vom „blonden Patron“, wie die Flussbewohner\*innen den Cauca mit Ehrfurcht und Zuneigung nennen, nicht mehr als ein Rinnsal an. Oberhalb trat gleichzeitig der Fluss rasend schnell über die Ufer und sorgte für weiträumige

Überschwemmungen. Zwei Wochen später brachen die Wassermassen durch einen Gebirgstunnel unterhalb der Anlage. Flutwellen überrollten flussabwärts die nahe gelegene Ufersiedlung Puerto Valdivia.<sup>1</sup> Der Stausee war vorzeitig und unkontrolliert geflutet worden. Über Wochen konnten die Behörden nicht garantieren, dass die noch im Bau befindliche Talsperre nicht auch unter dem Druck des Wassers brechen würde.

In einer Region, die wie kaum eine andere unter der Gewalt in Kolumbien gelitten hat, mussten über 31.000 Menschen fluchtartig ihre Häuser verlassen – darunter viele Überlebende des bewaffneten Konflikts. Der Sachschaden beläuft sich auf gut 2,61 Milliarden US-Dollar.<sup>2</sup>

**Bald war klar: Der Projektbetreiber EPM hatte die Beinahe-Katastrophe durch gravierende Planungsfehler und übereilte Maßnahmen, die Geld und Zeit sparen sollten, verschuldet.**<sup>3</sup> Der enorme Strömungsdruck des Cauca hatte Teile der Decke eines Gebirgstunnel zum Einsturz gebracht, durch den der Fluss umgeleitet wurde, um in seinem Bett die Staumauer zu errichten. Die Trümmer verstopften den Durchfluss, das Wasser staute sich auf. Beschädigt wurde der Tunnel womöglich auch durch Baumstämme, die Starkregen zuvor tonnenweise von den Flussufern mitgerissen und zum Eingang des Stollens gespült hatte.<sup>4</sup> Forstunternehmen, die im Auftrag von EPM die Steilhänge rodeten, hatten die Baumabfälle einfach an den Ufern entsorgt – entgegen der Umweltauflagen und Warnungen aus der Bevölkerung.<sup>5</sup>

Der Flussumleitungstunnel selbst war ohne Umweltgenehmigung gegraben worden<sup>6</sup>, seine Konstruktionsweise ungeeignet, um der immens starken Strömung des Cauca standzuhalten, wie ein mit der Tunnelplanung beauftragtes Ingenieurbüro bereits vor Baubeginn warnte<sup>7</sup> und ein internes, von EPM unter Verschluss gehaltenes Gutachten zu den Ursachen der Flutkatastrophe belegt<sup>8</sup>. Die beiden Haupttunnel, durch die der Cauca zuvor jahrelang umgeleitet worden war, hatte EPM bereits zubetonieren lassen, um die ursprünglich für Juni 2018 geplante Inbetriebnahme der Anlage zu beschleunigen. Wohl aus Kostengründen hatte das Unternehmen – entgegen dem Rat seines eigenen Berater\*innenstabes – darauf verzichtet, Schotten in den Tunneln einzubauen, die aufgestautes Wasser im Notfall hätten ableiten können.<sup>9</sup>

**Die Flutkatastrophe hat ins öffentliche Bewusstsein gerückt, worauf Betroffene seit Jahren hinweisen: Hidroituango ist verantwortlich für unzählige Menschenrechtsverletzungen, Sozial- und Umweltrechtsverstöße. Deutsche Unternehmen – darunter die staatseigene KfW-IPEX-Bank, Siemens, die Rückversicherer Munich Re und Hannover Re, der Druckluftspezialist Kaeser und der Kabelhersteller Südkabel – hat das nicht von einer Kooperation mit dem Projekt abgehalten.** Während den Verantwortlichen in Kolumbien mittlerweile auf den Zahn gefühlt wird, leben unzählige Menschen in der Projektregion auch Ende 2021 unter prekären Bedingungen. Viele haben ihr gesamtes Hab und Gut und ihre Einkommensquellen verloren. Die meisten warten weiter vergeblich auf Wiedergutmachung, Zukunftsperspektiven, Wahrheit, Gerechtigkeit und Schutz vor neuer Gewalt.



Karte: Heiko von Schrenk (www.schrenkwerk.de)



## MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN

Hidroituango befindet sich am Unterlauf des Cauca im Norden des Departments Antioquia. Die abgelegene Region hat jahrzehntelang unter Gewalt gelitten. Auch heute ist sie Brennpunkt zahlreicher Konflikte. Wegen seiner enormen menschenrechtlichen, sozialen und ökologischen Auswirkungen begannen Bewohner\*innen in den umliegenden Gemeinden 2010, als die Bauarbeiten an der Wasserkraftanlage aufgenommen wurden, gegen Hidroituango zu protestieren. Den Einsatz für ihre Rechte haben sowohl EPM als auch die Behörden mit Repression beantwortet.

### Angriffe auf Menschen- und Umweltrechtsverteidiger\*innen

Getroffen hat die Gewalt vor allem die Umweltbewegungen der Lebenden Flüsse (*Movimiento Ríos Vivos*). In *Ríos Vivos* hat sich ein Großteil der von Hidroituango Betroffenen zusammengeschlossen. Viele Mitglieder sind Überlebende des internen bewaffneten Konfliktes.

Fünf Menschen- und Umweltrechtsverteidiger\*innen von *Ríos Vivos* und mindestens zehn Familienangehörige von Mitgliedern der Bewegung sind bisher ermordet worden – allein acht Menschen 2018.<sup>10</sup> Auf fünf Mitglieder wurden Mordanschläge verübt<sup>11</sup>, zwei wurden Opfer von Folter, ein weiteres Opfer eines Versuches von Verschwindenlassen. Dazu kommen unzählige Todesdrohungen und Versuche, die Bewegungen auszugrenzen, einzuschüchtern und zu kriminalisieren: Bei Kundgebungen gegen Hidroituango sind Sicherheitskräfte wiederholt mit unverhältnismäßiger Gewalt, willkürlichen Festnahmen und in zwei Fällen mit Massenverhaftungen gegen friedlich Protestierende vorgegangen. In 26 Fällen wurden willkürliche Anklagen gegen Mitglieder erhoben, in 20 Fällen wurden Mitglieder illegal verfolgt, ausgespäht und überwacht. Staatsbedienstete, Politiker\*innen, Wirtschaftsvertreter\*innen, kirchliche Würdenträger\*innen und lokale Medien haben *Ríos Vivos* wiederholt öffentlich als Gefolgsleute von Guerilla-Gruppen, Unruhestifter\*innen und

Feind\*innen von Entwicklung und wirtschaftlichem und sozialen Fortschritt in der Region diffamiert.<sup>12</sup> Einzelnen Mitgliedern wurde der Zugang zu Arbeit, Gesundheit, Bildung, Justiz und psychosozialer Hilfe verwehrt. Mehrfach wurden *Ríos Vivos* sensible Daten gestohlen.<sup>13</sup> Wegen akuter Todesdrohungen mussten mehrere Sprecher\*innen der Bewegungen aus der Region fliehen.<sup>14</sup> 29 waren Ende 2021 akut bedroht.<sup>15</sup>

Verantwortlich für die schlimmste Gewalt sind paramilitärische und Guerilla-Gruppen. Aber auch Militär, Polizei, private Sicherheitsdienste, die die Baustellen sichern, und Mitarbeiter\*innen bei EPM und in Behörden haben *Ríos Vivos* wiederholt angegriffen. Hinter den Attacken stecken mutmaßlich die Interessen lokaler Eliten, die als Finanziere oder Zulieferer an Hidroituango beteiligt sind, von dem Projekt zu profitieren hoffen oder schlicht ihre guten Beziehungen zum mächtigen EPM-Konzern nicht gefährden wollen. Zum Schutz ihrer Pfründe greifen sie die Gegner\*innen des Projektes an. Manche schrecken dafür auch vor Allianzen mit bewaffneten Gruppen nicht zurück.

Insgesamt 215 Übergriffe hat *Ríos Vivos* zwischen Anfang 2013 und Ende 2018 dokumentiert.<sup>16</sup> Kein Angriff wurde bisher vollständig aufgeklärt. Selbst die Morde an *Ríos Vivos*-Mitgliedern sind straflos geblieben. Ein 2013 gerichtlich angeordneter Kollektivschutzplan für die Mitglieder der Bewegungen wurde nur teilweise umgesetzt.<sup>17</sup> Gegen die strukturellen Ursachen, die hinter den Angriffen auf *Ríos Vivos* stecken und diese befeuern – vor allem die flächendeckende Straflosigkeit und der unzureichende Schutz der Grundrechte der von Hidroituango Betroffenen – haben die Behörden nichts unternommen.<sup>18</sup>

### Vertreibung und Zwangsräumung

Hunderte Flussbewohner\*innen, die im Projektgebiet von Hidroituango leben, wurden wegen der Bauarbeiten vertrieben oder von Polizei, Militär und EPMs privaten Sicherheitsdiensten zwangsgeräumt. Elf Massenzwangsräumungen ließ das Unternehmen gegen Menschen durchführen, die an den Ufern des

## Die Projektregion

### BRENNPUNKT DES INTERNEN BEWAFFNETEN KONFLIKTES

Bewaffnete Konflikte prägen seit Jahrzehnten den Alltag der Bewohner\*innen des Cauca-Tals im Projektgebiet von Hidroituango. Die Konfliktparteien – paramilitärische Verbände, die Guerilla-Gruppen FARC und ELN, Polizei und Militär – haben bis September 2021 hier mindestens 77 Massaker mit 459 Todesopfern verübt<sup>A1</sup>, davon sechs auf dem heutigen Baugrund Hidroituangos<sup>A2</sup>. Mindestens 3.974 Menschen wurden gezielt ermordet<sup>A3</sup>, 1.018 verschwanden gewaltsam<sup>A4</sup>. Rund 69 Prozent der über 175.000 Menschen, die in den zwölf Gemeinden leben<sup>A5</sup>, gelten als binnervertrieben – insgesamt über 121.000 Personen<sup>A6</sup>. Dazu kommen unzählige Fälle von Folter, zwangsrekrutierten Kindersoldat\*innen, sexualisierter Gewalt und dem Legen von Antipersonen-Minen.<sup>A7</sup>

Die abgelegene, von vielen Gebirgsketten und Tälern stark zerklüftete und schwer zugängliche Region ist reich an Bodenschätzen, insbesondere Gold und Nickel, fruchtbarem und auch touristisch attraktivem Land. Sie gilt außerdem als strategisch bedeutsamer Korridor zwischen dem Landesinnern Kolumbiens und der Karibikküste. Der im Grenzgebiet zwischen Antioquia und Córdoba gelegene Nationalpark *Nudo de Paramillo* dient nicht-staatlichen bewaffneten Gruppen als wichtiger Rückzugsort und ist Zentrum für den Anbau, die Weiterverarbeitung und den Transport von Koka.

Trotz des Friedensvertrages, den der kolumbianische Staat und die Guerilla-Gruppe FARC im November 2016 schlossen, gilt die Sicher-

heitslage in der Region weiter als äußerst kritisch: Mehrere paramilitärische Verbände, nicht-demobilisierte Splittergruppen der FARC, der ELN sowie die mexikanischen Drogenkartelle *Sinaloa* und *Jalisco Nueva Generación* streiten sich in wechselnden Allianzen um die Vorherrschaft im Drogengeschäft und anderen kriminellen Ökonomien wie dem illegalen Bergbau, Schutzgelderpressung, Menschen- und Waffenhandel, Immobilien und Prostitution.<sup>A8</sup>

Seit Abschluss des Friedensvertrages Ende 2016 wurden bis Anfang Dezember 2021 im Einflussgebiet von Hidroituango 88 Menschenrechtsverteidiger\*innen und Gemeindeglieder\*innen ermordet.<sup>A9</sup> 800 Personen gelten als akut bedroht.<sup>A10</sup> Morde und Vertreibungen gegen die Zivilbevölkerung haben wieder zugenommen.<sup>A11</sup> Erst im Juli 2021 vertrieben bewaffnete Gruppen in der Kommune Ituango über 4.000 Menschen.<sup>A12</sup>

Mit dem Baubeginn von Hidroituango wurde die Region zusätzlich militarisiert: Über 2.000 Soldat\*innen waren zeitweise in der Projektregion stationiert.<sup>A13</sup> Mehrere Militärbasen sind mit dem Schutz der Anlage beauftragt.<sup>A14</sup> Insgesamt acht Verträge hat EPM mit Polizei und Militär über Sicherheitsdienstleistungen für die Baustellen geschlossen.<sup>A15</sup> Daneben beschäftigen der Projektbetreiber und seine Subunternehmen drei private Sicherheitsdienste. Dazu gehört auch *Seracis*, das in der Vergangenheit an massiven Übergriffen gegen Menschenrechtsverteidiger\*innen beteiligt war.<sup>A16</sup>

Cauca lebten.<sup>19</sup> Die staatlichen und privaten Sicherheitskräfte gingen dabei wiederholt mit exzessiver Gewalt vor: Sie setzten Tränengas ein, bedrohten die Betroffenen und zerstörten deren Wohnraum und Eigentum ohne die Schäden zu ersetzen. Die *Ríos Vivos*-Bewegungen beziffern die Zahl der Vertriebenen auf mehr als 700 Familien.<sup>20</sup> Die meisten waren bereits zuvor durch die bewaffneten Konflikte in der Region vertrieben worden.

### Verstöße gegen die UN-Konvention zu Verschwundenen<sup>21</sup>

Im Flutungs- und Baugebiet von Hidroituango werden die Leichname mehrerer hundert im bewaffneten Konflikt Verschwundener vermutet. 1.018 Menschen in der Region gelten als gewaltsam verschwunden.<sup>22</sup> Die meisten sind vermutlich von den Konfliktparteien ermordet, ihre sterblichen Überreste an den Flussufern begraben worden.<sup>23</sup>

An 124 Orten im Einflussgebiet von Hidroituango vermuten Anwohner\*innen Grabstellen Verschwundener.<sup>24</sup> Untersucht haben die Behörden nur 28 dieser Orte.<sup>25</sup> Für 41 Orte, an denen bisher nicht gesucht wurde, bestätigen Menschenrechtsorganisationen, dass dort vermutlich weitere Leichname liegen.<sup>26</sup> Aufgefunden und exhumiert wurden bisher die sterblichen Überreste von 176 Personen.<sup>27</sup> Das Schicksal von fast 850 gewaltsam Verschwundenen ist nach wie vor ungeklärt.

Eine systematische und vollständige Suche nach Verschwundenen haben die Behörden nie durchgeführt – weder auf dem Gebiet des heutigen Stausees, noch auf den Baustellen, noch an den Flussufern, obwohl sich gerade hier viele Grabstellen befinden. Teilweise waren Privatunternehmen mit der Suche nach Ablageorten beauftragt. Zudem wurden Gräber Verschwundener durch Bauarbeiten zerstört und ohne Spuren zu sichern umgebettet.<sup>28</sup>

Die unkontrollierte Flutung des Stausees im Frühjahr 2018 hat viele Grabstätten unwiederbringlich unter Millionen Kubikmeter Wasser begraben. Das Wasser hat auch sämtliche Hinweise auf die Identität der Toten und mögliche Täter\*innen vernichtet. In 99 Prozent der Fälle von Verschwundenen in der Projektregion sind die Verantwortlichen bisher straffrei davongekommen<sup>29</sup> – ähnlich wie in anderen Teilen Kolumbiens.

### Verstöße gegen das Recht auf Wiedergutmachung

Obwohl Hidroituango tausende Menschen vertrieben, ihr Hab und Gut zerstört und ihnen ihr Land und ihre Lebensgrundlagen genommen hat, entschädigte EPM – entgegen internationaler Menschenrechtsstandards – nur einen Bruchteil der Betroffenen: Rund 500 Familien<sup>30</sup>, die durch die im Jahr 2010 begonnenen Bauarbeiten ihr Zuhause oder ihre Einkommensquellen verloren haben sowie in etwa 2.000 Familien<sup>31</sup>, die durch die Flutkatastrophe 2018 obdachlos wurden, erhielten für *einige* der erlittenen Schäden Reparationsleistungen<sup>32</sup>. Der großen Mehrheit der Geschädigten wurden durch Zwangsräumungen, Landnahme, Bauarbeiten oder durch die Flut beschädigter Wohnraum, zerstörtes Eigentum, Einkommensausfälle, verlorene Ernten und Nutztiere nicht ersetzt. Zwei Register über Betroffene, die die Grundlage für EPMs Entschädigungen darstellen, schlossen einen Großteil der tatsächlich Geschädigten aus. Selbst Behörden kritisieren, dass der Kreis der von Hidroituango Betroffenen, die EPM anerkennt, unvollständig, willkürlich festgelegt und viel zu eng gefasst sei.<sup>33</sup>

### Verstöße gegen das Konsultationsrecht indigener Gruppen

Im Einflussgebiet von Hidroituango leben zahlreiche *Nutabe*-Indigene. Nach der in Kolumbien rechtsverbindlichen *ILO-Konvention 169 über indigene und in Stämmen lebende Völker* hätten die indigenen Gemeinden vor Projektbeginn über die Auswirkungen der Anlage auf ihr Land und ihr alltägliches Leben konsultiert und

ihre Zustimmung dazu eingeholt werden müssen.<sup>34</sup> Erst im Juni 2019 endete ein nachträglicher Konsultationsprozess mit der Verpflichtung EPMs, 57 *Nutabe*-Familien zu entschädigen. Ihr angestammtes Gemeindeland stand zu diesem Zeitpunkt seit über einem Jahr unter Wasser.<sup>35</sup> In der Region leben zudem deutlich mehr *Nutabe* und auch andere indigene und afrokolumbianische Gemeinden, denen eine Konsultation weiterhin verweigert wird.<sup>36</sup>

### Unzureichende humanitäre Hilfe

Wegen der Flutkatastrophe im Frühjahr 2018 mussten über 31.000 Menschen<sup>37</sup> ihre Häuser verlassen. Betroffene berichten, dass sowohl die in den 36 Notunterkünften<sup>38</sup> Evakuierten als auch Menschen, die in ufernahen Siedlungen zurückblieben, über Monate keinen ausreichenden Zugang zu Trinkwasser, Decken, Kleidung, Sanitärartikeln, Grundnahrungsmitteln und Medikamenten erhalten hätten<sup>39</sup>. Oberhalb der Staumauer seien vielen Betroffenen keinerlei Notunterkünfte und auch keine humanitäre Hilfe zur Verfügung gestellt worden.<sup>40</sup> Die Mehrheit der Evakuierten ist längst wieder zurückgekehrt – oft auf eigene Faust, ohne würdevolle Rückkehrbegleitung, ohne Entschädigungen und aus purer Not, weil sie keine andere Bleibe hatten und ihren Lebensunterhalt sichern mussten.<sup>41</sup> Für zahlreiche Familien ober- und unterhalb der Staumauer – darunter viele Überlebende des bewaffneten Konfliktes – ist die Wohnsituation weiterhin ungeklärt, ihre Versorgung etwa mit ausreichend Grundnahrungsmitteln und Trinkwasser nicht dauerhaft gesichert.<sup>42</sup>

### Geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen und Mädchen

Frauenorganisationen berichten, dass mit dem massiven Zustrom tausender Arbeiter auf die Baustellen von Hidroituango sowohl Fälle geschlechtsspezifischer und sexualisierter Gewalt gegen Frauen und Mädchen als auch die Prostitution Minderjähriger signifikant in der Region zugenommen hätten.<sup>43</sup> Zudem hätten Behörden in den Notunterkünften, in denen nach der Flut 2018 tausende Menschen über Monate untergebracht waren, Antikonzektiva an minderjährige Mädchen verabreicht, um Schwangerschaften infolge möglicher Vergewaltigungen zu verhindern.<sup>44</sup> Einige Mädchen waren jünger als zwölf Jahre.

### Gesundheitsschäden

Die Bauarbeiten am Hidroituango-Staudamm verursachten bei vielen Anwohner\*innen folgenschwere Gesundheitsschäden.

- In mehreren Kommunen oberhalb der Staumauer breitete sich zwischen 2016 und 2020 die durch Parasiten verursachte Infektionserkrankung *Leishmaniose* rasant aus: 433 Personen erkrankten<sup>45</sup>, mindestens fünf Menschen verstarben<sup>46</sup>. Zeitweise wies die Kommune Sabanalarga landesweit die höchste Zahl an Neuerkrankungen auf. Der Ausbruch geht mutmaßlich auf Holzabfälle zurück, die von EPM beauftragte Unternehmen vielerorts an den Flussufern entsorgt hatten.<sup>47</sup> In den langsam verrottenden Abfallhaufen fanden Sandmücken, die *Leishmaniose* übertragen, ideale Brutstätten und konnten sich rasant vermehren.<sup>48</sup>
- Daneben berichten Betroffene von Atemwegserkrankungen und Hörschäden, die die enorme Feinstaubbelastung und Lärmentwicklung infolge von Erdarbeiten, Sprengungen und der Asphaltproduktion auf den Baustellen von Hidroituango verursacht hätten. Zudem sind zahlreiche Personen infolge der Flut vom Frühjahr 2018 traumatisiert.<sup>49</sup>
- Ein schwerer Covid-19-Ausbruch auf den Baustellen von Hidroituango mit mindestens 918 infizierten Arbeiter\*innen – ein Fünftel der Belegschaft – sorgte zwischen März und Juli 2020 in den umliegenden Siedlungen für ein stark erhöhtes Gesundheitsrisiko<sup>50</sup>. Die Kommune Ituango wies zeitweise die zweithöchsten Infektionszahlen in ganz Kolumbien auf. Der

### ■ DER STAUDAMM

Hidroituango erstreckt sich direkt auf zwölf Gemeinden im Norden des Departement Antioquia.<sup>B1</sup> 15 Kommunen in Antioquia und den Nachbardepartements Córdoba und Sucre liegen im weiteren Einflussgebiet des Projekts.<sup>B2</sup> Insgesamt leben beiderseits des Cauca-Tals über 800.000 Menschen in der Projektregion.<sup>B3</sup>

Gebaut und betrieben wird Hidroituango von *Empresas Públicas de Medellín*. EPM ist der kommunale Energieerzeuger von Medellín und befinden sich zu 100 Prozent im Besitz der Stadt. Eigentümerin der Anlage ist die zu 99 Prozent staatliche *Sociedad Hidroeléctrica Ituango*. EPM arbeitet in ihrem Auftrag und hält an der Projektgesellschaft selbst 46,3 Prozent der Anteile.<sup>B4</sup>

Hidroituango ist der größte Staudamm Kolumbiens. Die fast 4,8 Milliarden US-Dollar teure Anlage<sup>B5</sup> soll einmal fast ein Fünftel des landesweiten Energiebedarfs produzieren. Der Cauca wird dafür von einer 225 Meter hohen und 550 Meter langen Talsperre aufgestaut.<sup>B6</sup> Der Stausee schlängelt sich über 79 Kilometer zwischen den Steilhängen des Cauca-Tals entlang.<sup>B7</sup> Die ersten Bauarbeiten begannen 2009.<sup>B8</sup> Rund 26.500 Hektar Land wurden dafür enteignet<sup>B9</sup> – eine Fläche größer als Frankfurt am Main.

Pläne für ein Wasserkraftwerk im Cauca-Tal gibt es bereits seit den 1960er Jahren.<sup>B10</sup> Konkrete Formen nahm Hidroituango erst 1997 an: Am Ende der Amtszeit von Álvaro Uribe Vélez als Gouverneur Antioquias gründete sich der Vorläufer der heutigen Projektgesellschaft der Anlage. Der spätere Präsident Kolumbiens hatte lange für das Projekt getrommelt.<sup>B11</sup>

Die Flut vom Frühjahr 2018 hat große Teile der Anlage stark beschädigt.<sup>B12</sup> Nach Angaben EPMS soll das Kraftwerk nun 2022 ans Netz gehen.<sup>B13</sup> Aktuell gilt jedoch ein weitreichender Baustopp: Es dürfen nur Arbeiten durchgeführt werden, um den Bau zu sichern und Umweltauflagen zu erfüllen. In Folge des Katastrophenfalls hatte die Umweltbehörde ANLA im Juni 2018 alle anderen Bauarbeiten untersagt.<sup>B14</sup>

An dem Vorzeigeprojekt der politischen und wirtschaftlichen Eliten Kolumbiens sind neben den sechs deutschen Unternehmen mindestens 20 Großbanken, Versicherungen, Unternehmensberatungen, Baukonzerne und Technologie-Zulieferer aus Spanien, Italien, Frankreich, Kanada, Brasilien, Schweden, China, Japan und Großbritannien in zentralen Funktionen beteiligt.<sup>B15</sup>

### ■ DIE BETROFFENEN

Hidroituango hat die Bewohner\*innen im Cauca-Tal stark gespalten. In urbanen Siedlungen unterstützen Teile der Bevölkerung den Staudammbau, Menschen in ländlichen Gebieten, die das Projekt direkt betrifft, lehnen es häufig ab. Manche leisten offenen Widerstand, andere schweigen aus Angst vor Repression.

Tausende Menschen an den Ufern des Cauca leben von Fischerei, kleinhändwerklichem Bergbau, Goldwaschen, Sandschürfen, Fährbetrieb, Tagelöhner\*innen, Transportdienstleistungen, kleinbäuerlicher Landwirtschaft und Handel. Ihre Existenz ist unmittelbar an den Fluss geknüpft. Viele leben marginalisiert und in Armut, sind Analphabet\*innen und haben bereits Gewalt im bewaffneten Konflikt erfahren. Die Auswirkungen von Hidroituango haben sie als Erste zu spüren bekommen: Mit den Bauarbeiten verloren sie ihre Einkommensquellen<sup>B16</sup>, oft auch ihr Land. Diejenigen, die auf Baugrund siedelten, wurden vertrieben. Oft wurden ihr Wohnraum und ihr Eigentum zerstört, gingen Ernten und Nutztiere verloren. Viele haben seitdem kaum Zugang zu ausreichend Nahrungsmitteln und sauberem Trinkwasser. Monatelange Bewegungseinschränkungen infolge der Covid-19-Pandemie<sup>B17</sup> haben ihre ohnehin prekäre Lage weiter verschärft.

Viele Betroffene haben sich in den Bewegungen der Lebenden Flüsse (*Movimiento Ríos Vivos*) organisiert. Die Menschen- und Umweltrechtsbewegungen engagieren sich kolumbienweit für Umweltschutz und die



Rechte der von Megastaudämmen Betroffenen. In Antioquia gründeten sie sich 2011<sup>B18</sup> und zählen heute über 1.200 Familien<sup>B19</sup>.

### ■ DER FLUSS

*Bredunco*, wie *Nutabe*-Indigene den Cauca nennen, ist einer der größten und strömungsstärksten Flüsse Kolumbiens. Auf seinen rund 1.350 Kilometer Länge durch sieben Departments<sup>B20</sup> und 150 Kommunen<sup>B21</sup> beheimatet er eine einzigartige Pflanzen- und Tierwelt. Ein Gericht in Medellín erklärte den Cauca im Juni 2019 zu einem eigenen Rechtssubjekt, das Anspruch auf Schutz, Erhalt, Pflege und Wiederherstellung habe. 13 „Flusshüter\*innen“, darunter fünf von Hidroituango Betroffene, überwachen die Umsetzung des Urteils.<sup>B22</sup>

### ■ DIE WIRTSCHAFTLICHEN INTERESSEN HINTER HIDROITUANGO

Trotz der komplexen Sicherheitslage im Projektgebiet ist Hidroituango wirtschaftlich hochattraktiv.

Im Einzugsgebiet der Anlage halten Unternehmen für zahlreiche Flächen Bergbaulizenzen – vor allem um Gold, Silber, Kupfer, Kohle und Nickel abzubauen.<sup>B23</sup> Mit *Cerro Matoso* befindet sich in Córdoba auch der größte Nickel-Tagebau Lateinamerikas – und einer der größten Stromfresser Kolumbiens.<sup>B24</sup> Diese Minen soll Hidroituango mit Energie versorgen. Daneben könnte das Kraftwerk Strom für den Bau und Betrieb von drei Überseehäfen in der Karibikküstenregion *Uraba*<sup>B25</sup> sowie für den Export nach Zentral- und Südamerika<sup>B26</sup> liefern.

Gleichzeitig hat EPM rund um den Stausee und im weiteren Projektgebiet großflächig Land aufgekauft, berichten Anwohner\*innen. Flächen in Ufernähe könnten als Baugrund für Wochenend-Fincas touristisch erschlossen<sup>B27</sup>, andere Flächen sollen für den Bergbau genutzt werden. In der Kommune Sabanalarga finden bereits Grabungen auf EPM-Land statt.<sup>B28</sup>

### ■ HIDROITUANGO UND DER BEWAFFNETE KONFLIKT

Für viele Bewohner\*innen in der Projektregion besteht kein Zweifel, dass die Eigentümer\*innen von Hidroituango mit paramilitärischen Gruppen kooperiert haben, um die Anlage zu errichten.<sup>B29</sup> Starke Indizien untermauern diesen Verdacht.

Mehrere Aktionäre der ursprünglichen Projektgesellschaft unterhielten nach Recherchen von Menschenrechtsorganisationen mutmaßlich enge Verbindungen zu Paramilitärs. Einige sind heute als Minderheitsaktionäre weiter an Hidroituango beteiligt.<sup>B30</sup>

Während die Projektgesellschaft zwischen 1997 und 2008 den Bau der Anlage vorbereitete, ließen vor allem paramilitärischen Gruppen die Gewalt in der Projektregion eskalieren: Fast die Hälfte aller Binnenvertriebenen – über 82.000 Menschen – floh in diesem Zeitraum aus der Region.<sup>B31</sup> Als 2008 schließlich der Zensus<sup>B32</sup> stattfand, der festlegte, wer vom Projekt betroffen und damit entschädigungsberechtigt ist, war ein Großteil der Bevölkerung vertrieben.

Die Aussagen mehrerer paramilitärischer Kommandanten in Gerichtsprozessen lassen darauf schließen, dass ihre Gewalttaten in der Region mit Hidroituango zusammenhängen. Ein Strafgericht in Medellín wies deshalb schon 2011 die Generalstaatsanwaltschaft an, diesen Zusammenhang zu untersuchen.<sup>B33</sup> Bisher ist die Behörde der Anordnung nicht nachgekommen.<sup>B34</sup>

Grund dafür: Trotz Ausgangssperre führte EPM die Arbeiten am Staudamm über Wochen fast ohne Einschränkungen weiter. Schutzmaßnahmen, um das Virus einzudämmen, stieß das Unternehmen nur zögerlich an.<sup>51</sup>

## UMWELTSCHÄDEN UND VERLETZUNGEN VON UMWELTRECHT

Die Bauarbeiten am Hidroituango-Staudamm haben eine Reihe massiver Umweltschäden verursacht und die Ökosysteme im und am Cauca teils irreversibel zerstört:

- Mit der Aufstauung hat der Cauca stark an Fließgeschwindigkeit verloren. Er führt viel weniger Sedimente, Sand und Sauerstoff mit sich. Gleichzeitig sammeln sich Unmengen an Unrat im Stausee, die der Fluss nicht abtransportieren kann. Das Wasser verschlammte deshalb zusehends, sein Mikroklima ist stark geschädigt.<sup>52</sup> Auch der Fischbestand im Cauca ist mittlerweile stark gesunken. Allein bis zu 100.000 Fische verendeten, als EPM Anfang 2019 das Flussbett unterhalb der Staumauer über mehrere Tage fast komplett trockenlegen musste um einen Kollaps der Anlage zu verhindern.<sup>53</sup> Auf mehreren Kilometern oberhalb der Staumauer ist das Wasser von der sich äußerst aggressiv verbreitenden Wasserhyazinthe, *buchón de agua* genannt, besiedelt – ein Schädling, der andere Organismen massiv angreift und nur schwer zu entfernen ist.<sup>54</sup>
- Von EPM beauftragte Drittfirmen haben mehrfach tonnenweise Bauschutt, Asphaltreste vom Straßenbau und Pflanzen- und Baumabfälle von Waldrodungen an den Ufern des Cauca entsorgt, teilweise auch in den Fluss geworfen.<sup>55</sup> Anfang 2016 setzte die Umweltbehörde ANLA etwa die Arbeiten an einer Zufahrt zur Staumauer aus, weil Bauarbeiter\*innen wiederholt Konstruktionsabfälle im Cauca verklappt hatten.<sup>56</sup>
- Um den Stausee fluten zu können hat EPM an den Berghängen des Cauca große Waldflächen roden lassen, darunter 4.500 Hektar tropischen Trockenwaldes.<sup>57</sup> Das Ökosystem mit seinen über 119 endemischen Fauna- und Flora-Arten gilt in Kolumbien als existenzbedroht.<sup>58</sup> Mindestens zwei akut vom Aussterben bedrohte Affenarten sind im tropischen Trockenwald in der Projektregion Hidroituangos heimisch.<sup>59</sup>

Behörden in Kolumbien dokumentierten daneben zahlreiche Verletzungen von Umweltrecht auf den Baustellen von Hidroituango. Der Nationale Rechnungshof stellte etwa 2018 in 35 Fällen schwerwiegende Verstöße des Projektes gegen Umweltauflagen fest.<sup>60</sup> Unter anderem hatte die Umweltbehörde ANLA sowohl die 2009 erteilte Umweltgenehmigung<sup>61</sup>, als auch mehrere der über 40 späteren Modifizierungen der Lizenz<sup>62</sup> genehmigt, ohne dass die Projektgesellschaft dafür vollständige, ausreichend detaillierte und aktualisierte Konstruktionspläne, Machbarkeitsstudien und Umweltverträglichkeitsgutachten vorgelegt hätte.<sup>63</sup> Den dritten Tunnel zur Umleitung des Cauca ließ EPM ganz ohne Umweltgenehmigung graben.<sup>64</sup> Im Frühjahr 2018 führte die Verstopfung und der teilweise Einsturz dieses Tunnels beinahe zum Kollaps der Anlage.

## SOZIALE VERWERFUNGEN

In einer von jahrzehntelanger Gewalt gezeichneten Region mit schwachen sozialen Netzen hat die Ankunft des Hidroituango-Staudamms tiefe Gräben in den umliegenden Gemeinden gerissen. Betroffene und auch lokale Behörden berichten vom Zerfall von Familien- und Nachbarschaftsstrukturen infolge der Vertreibungen und Zwangsräumungen, wachsender Armut durch den Verlust von Einkommensquellen, gesellschaftlicher Ausgrenzung von Staudamm-Gegner\*innen, einer Zunahme sozialer Probleme wie Alkohol- und Drogenmissbrauch, der Zerstörung kulturellen Erbes und dem Verlust traditionellen Wissens und Handwerks

indigener und kleinbäuerlicher Flussgemeinden wie dem Goldschürfen (*barequeo*).<sup>65</sup>

Mit seiner allumfassenden wirtschaftlichen und politischen Dominanz verstärkt EPM auch selbst den sozialen Druck auf die Bevölkerung in der Projektregion: Mit großzügigen, sichtbaren Sozialprojekten für die Kommunalverwaltungen, dem Anwerben von Schlüsselpersonen aus den Gemeinden als Arbeitskräfte<sup>66</sup> und öffentlichen Drohungen, Teile der zeitweise über 11.600 Beschäftigten entlassen zu müssen, sollte der Widerstand gegen Hidroituango anhalten, versucht das Unternehmen gezielt Kontrolle über die Gemeinden auszuüben und sie zu spalten<sup>67</sup>. Projektgegner\*innen sollen so eingeschüchtert und mundtot gemacht werden.

## TECHNISCHE MÄNGEL UND KONSTRUKTIONSFELER

Neben den gravierenden Baumängeln<sup>68</sup>, die zur Flutkatastrophe im Frühjahr 2018 führten, weist Hidroituango grob fahrlässige Planungs- und Konstruktionsfehler<sup>69</sup> auf, die die Bevölkerung in der Projektregion in permanenter Angst vor einem Kollaps der Anlage leben lässt: Das Wasserkraftwerk befindet sich inmitten eines extrem instabilen und seismisch aktiven Untergrundes. Mindestens elf große Risse durchziehen die Erdkruste unter der Anlage.<sup>70</sup> Das Gebirgsmassiv auf beiden Seiten der Staumauer besteht aus stark brüchigem Quarz-Feldspat-Gneis. Bis heute konnte keine Studie glaubhaft sämtliche Zweifel ausräumen, dass Hidroituango unter diesen Voraussetzungen dem Druck der Wassermassen im Stausee-Reservoir und der Strömung des Cauca dauerhaft standhalten wird. Weder EPM noch die zuständigen Behörden sind bereit, eine Garantie dafür auszusprechen, dass die Anlage stabil ist.<sup>71</sup>

## SORGFALTPFLICHTVERSTÖSSE DER FÜR HIDROITUANGO VERANTWORTLICHEN UNTERNEHMEN

Nach Einschätzung des Nationalen Rechnungshofes Kolumbiens genügen die von den Eigentümer\*innen von Hidroituango vorgelegten Studien zu den sozialen und ökologischen Auswirkungen des Projektes nicht den gesetzlich vorgeschriebenen Mindestanforderungen und wissenschaftlichen Standards, und sie sind unvollständig, einseitig und veraltet.<sup>72</sup> Gleiches gilt für große Teile der technischen Machbarkeitsstudien und Konstruktionspläne, auf deren Basis dem Projekt Bau- und Umweltgenehmigungen erteilt wurden.<sup>73</sup> Eine eigenständige menschenrechtliche Risikoanalyse zu Hidroituango wurde überhaupt nicht durchgeführt. Eine Studie zu Alternativen zum Bau der Anlage, wie es in Kolumbien das Gesetz verlangt, musste die Projektgesellschaft nicht vorlegen.<sup>74</sup> Für Katastrophenszenarien hatte EPM keine praxistauglichen Notfallpläne entwickelt.<sup>75</sup> Während der Flut im Frühjahr 2018 reagierte das Unternehmen deshalb viel zu spät und verlor zeitweise die Kontrolle über die Anlage.<sup>76</sup>

Gleichzeitig haben die Eigentümer\*innen von Hidroituango die betroffene Bevölkerung bis heute nicht vollständig über die Pläne und Auswirkungen des Großprojektes informiert. Zu den seltenen Informationsformaten hatten Betroffene kaum Zugang. Eine umfassende Konsultation der Bevölkerung hat nie stattgefunden.<sup>77</sup> Zudem hat EPM wiederholt wichtige Informationen über die Auswirkungen von Hidroituango zurückgehalten – insbesondere zum Verlauf und den Ursachen der Flutkatastrophe von 2018.<sup>78</sup> Erstmals im Mai 2021 nahmen EPM und die Stadtverwaltung von Medellín direkte Gespräche mit von Hidroituango Betroffenen auf.<sup>79</sup>

## AUFARBEITUNG IN KOLUMBIEN: VIELE VERANTWORTLICHE, (BISHER) WENIG KONSEQUENZEN

Nach der Flut vom Frühjahr 2018 haben Aufsichts- und Justizbehörden in Kolumbien diverse straf-, disziplinar- und verwaltungsrechtliche Untersuchungen gegen die für Hidroituango Verantwortlichen eingeleitet. Bisher haben die Verfahren viele Vorwürfe an Menschen- und Umweltrechtsverletzungen bestätigt, manche sogar verschärft.

- Der **Nationale Rechnungshof** hat 26 Entscheidungsträger\*innen von Hidroituango in einem Verfahren der Sonderinheit für Korruptionsfälle in zweiter Instanz für schuldig befunden. Dem Urteil zufolge haben die Angeklagten mit gravierenden Fehlentscheidungen bei der Planung und Ausführung des Projektes unter anderem die Flutkatastrophe vom Frühjahr 2018 mitverursacht und sind für die Vernichtung von Steuermitteln in Milliardenhöhe verantwortlich.<sup>80</sup> Die Behörde beziffert den Gesamtschaden des Projektes für die Staatskasse auf rund 1,13 Milliarden US-Dollar.<sup>81</sup>
- Die **Generalstaatsanwaltschaft** ermittelt in mehreren Verfahren wegen Umweltstraftaten und möglicher Korruption bei der Vergabe öffentlicher Aufträge gegen die Betreibergesellschaft von Hidroituango und EPM als Generalunternehmer.<sup>82</sup> Gegen zwei frühere Vorsitzende der Unternehmen leitete die Behörde Strafanklagen wegen Verstößen gegen das Vergaberecht ein.<sup>83</sup>
- Das **Oberste Verwaltungsgericht** Kolumbiens prüft, ob die Umweltlizenz von Hidroituango annulliert werden muss.<sup>84</sup>
- Ein **Strafgericht in Bogotá** setzte im Dezember 2020 einen **Runden Tisch** wieder ein, der die Stabilität des Gebirgsmassivs im Stausee-Reservoir von Hidroituango wissenschaftlich prüfen soll. Das Gremium wurde bereits 2019 eingerichtet, beendete seine Arbeit jedoch ohne Abschlussgutachten. Stattdessen legten die Beteiligten – darunter EPM und mehrere für das Projekt zuständige Behörden – Parallelberichte vor. Keiner der Berichte konnte letztlich die Sicherheit der Anlage zweifelsfrei belegen.<sup>85</sup> Weil die Berichte dem Gericht nicht ausreichten, ordnete es an, dass der Runde Tisch die Stabilität Hidroituangos erneut prüfen muss.<sup>86</sup>
- Die **Umweltbehörde ANLA** belegte EPM wegen Verstößen gegen Umweltauflagen mit hohen Bußgeldern. Die Strafzahlungen summieren sich mittlerweile auf mehrere Millionen US-Dollar. Insgesamt führt die Behörde mindestens 15 Verfahren gegen Hidroituango.<sup>87</sup> Zudem ordnete sie im Juni 2018 an, dass

EPM die Stabilität der Anlage mit einer wissenschaftlichen Prüfung unabhängiger Expert\*innen nachweisen muss.<sup>88</sup> Bis Dezember 2021 hat EPM ein solches Gutachten nicht vorgelegt.<sup>89</sup>

- Die **Sondergerichtsbarkeit für den Frieden (JEP)** prüft, Sonderschutz für das Einflussgebiet von Hidroituango zu erlassen. Mit den Maßnahmen sollen mögliche Grabstellen Verschwundener geschützt und die Bergung deren sterblicher Überreste möglich gemacht werden. Die JEP wurde mit dem im November 2016 zwischen der kolumbianischen Regierung und der Guerilla-Gruppe FARC geschlossenen Friedensvertrag geschaffen. EPM kooperiert nur unzureichend mit dem Strafgericht.<sup>90</sup>

## HIDROITUANGO UND DIE SORGFALTPFLICHTEN DEUTSCHER UNTERNEHMEN

Unternehmen sind dazu angehalten, bei all ihren Geschäftstätigkeiten im In- und Ausland sorgfältig zu prüfen, ob diese sich negativ auf die Menschenrechte auswirken. Gegebenenfalls müssen sie Maßnahmen ergreifen, um negative menschenrechtliche Auswirkungen ihrer Aktivitäten zu verhindern oder zu lindern. Diese sogenannte „menschenrechtliche Sorgfaltspflicht“ (*human rights due diligence*) ist in den *Leitprinzipien der UN für Wirtschaft und Menschenrechte* von 2011 festgeschrieben.<sup>91</sup> Entsprechend den *Leitsätzen der OECD für multinationale Unternehmen* von 2011 gelten diese Sorgfaltspflichten auch für Sozial- und Umweltbelange.<sup>92</sup> Auch wenn beide Grundsatzdokumente nicht rechtsverbindlich sind, gelten sie als internationaler Standard.

Auch die deutsche Bundesregierung bekennt sich in ihrem Nationalen Aktionsplan für Wirtschaft und Menschenrechte 2016 – 2020 (NAP) zu diesen Umwelt-, Sozial- und Menschenrechtsstandards.<sup>93</sup> Weil die meisten deutschen Unternehmen den Sorgfaltspflichten freiwillig bisher kaum nachgekommen sind<sup>94</sup>, hat sie die Bundesregierung mit dem sogenannten *Lieferketten-sorgfaltspflichtengesetz* zumindest teilweise dazu verpflichtet. Das im Juni 2021 im Bundestag verabschiedete Gesetz tritt zum 1. Januar 2023 in Kraft.<sup>95</sup>

### Die KfW-IPEX-Bank, Siemens bzw. Siemens Energy, Munich Re, Hannover Re, Kaeser und Südkabel unterhalten direkte Geschäftsverbindungen zu EPM als Betreiber von Hidroituango oder zu unmittelbaren Geschäftspartner\*innen EPMs. Zu ihren Sorgfaltspflichten zählt deshalb, dass

- sie bereits vor Vertragsabschluss und auch danach regelmäßig hätten prüfen müssen, inwiefern sich das von ihnen unter-

## DAS RECHT AUF GANZHEITLICHE WIEDERGUTMACHTUNG

Opfer von Menschenrechtsverletzungen wie Vertriebene haben ein Recht auf umfassende und ganzheitliche Wiedergutmachung. Dieses Recht ist in den *Grundprinzipien und Leitlinien der UN zum Recht auf Rechtsschutz und Wiedergutmachung der Opfer von groben Verletzungen der internationalen Menschenrechtsnormen und von schweren Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht*<sup>c1</sup> sowie in mehreren UN-Leitlinien zu Vertreibung<sup>c2</sup> festgeschrieben.

Entsprechend den *UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte* von 2011<sup>c3</sup> und den *UN-Grundprinzipien und -Leitlinien für durch Entwicklungsmaßnahmen bedingte Räumungen und Vertreibung* von 2007<sup>c4</sup> haben auch Menschen, die durch Wirtschaftsprojekte zwangsumgesiedelt werden, ein Recht auf Wiedergutmachung. Der *UN-Sozialpakt* schützt dieses Recht ebenfalls.<sup>c5</sup>

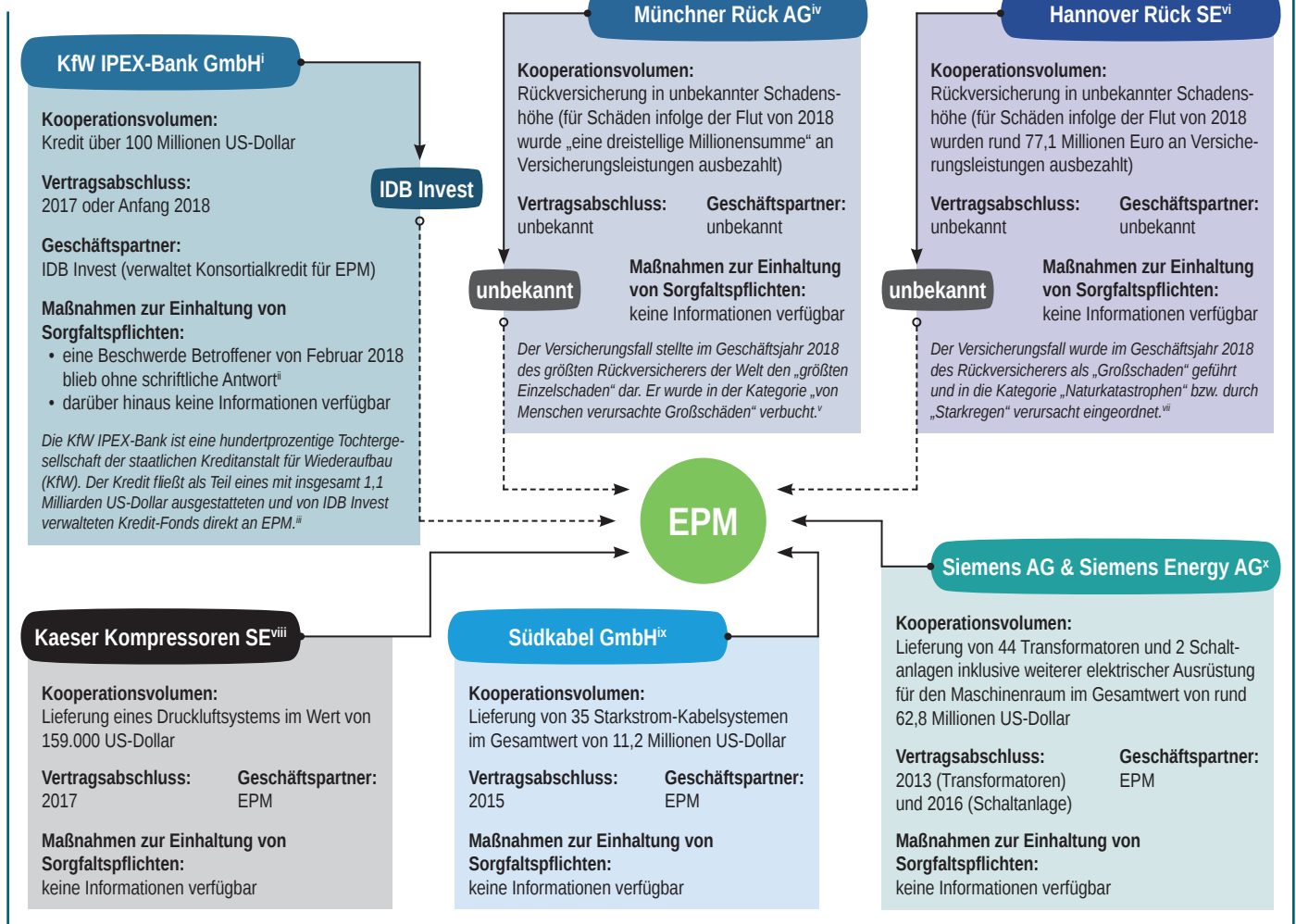
**Umfassende und ganzheitliche Wiedergutmachung** bedeutet, dass diejenigen, die Unrecht verursacht haben, das Unrecht mitsamt seinen Folgen beseitigen und die Umstände, in denen die Geschädigten leben

würden, hätten sie dieses Unrecht nicht erlitten, wiederherstellen müssen. Dazu zählt auch, dass den Betroffenen sämtliche Verluste, Schäden und Beeinträchtigungen ersetzt oder behoben werden müssen.

Im Fall von Hidroituango gehört zu umfassender und ganzheitlicher Wiedergutmachung einerseits, dass die kurz-, mittel- und langfristigen ökologischen und sozialen Schäden, die die Wasserkraftanlage verursacht hat, möglichst vollständig behoben werden, und andererseits, dass alle direkt und indirekt Betroffenen

- entschädigt werden für die Zerstörung oder die Beschädigung von Wohnraum und anderem Eigentum, für den Verlust von Nutztieren und Ernten, für Einkommensausfälle infolge des Verlustes von Ackerflächen, Fischgründen oder Schürfgeländen sowie für Gesundheitsschäden, die Boden-, Luft- oder Wasserverschmutzung, unsachgemäße Bauarbeiten oder die Flut von 2018 hervorgerufen haben;
- Zugang zu alternativen Einkommensmöglichkeiten, Gesundheitsversorgung und Bildung erhalten.<sup>c6</sup>

## VERANTWORTUNGSLOSE GESCHÄFTE: DEUTSCHE UNTERNEHMEN UND HIDROITUANGO



stützte Staudamm-Projekt auf Menschenrechte, die Umwelt und Sozialstandards auswirken wird oder auswirken könnte. Für diese sogenannten Verträglichkeitsprüfungen und Folgenabschätzungen sollten sie auch die Berichte von Betroffenen, der Zivilgesellschaft und des internationalen Menschenrechtsschutzsystems einbeziehen;

- sie selbst und ihre Geschäftspartner\*innen Maßnahmen hätten ergreifen müssen, um mögliche negative Auswirkungen des von ihnen unterstützten Staudamm-Projekts auf Mensch und Umwelt zu verhindern und gegebenenfalls zu beheben;
- sie ihre Geschäftsbeziehung vertraglich an das vollständige Einhalten von Menschenrechten, Sozial- und Umweltstandards durch ihre Geschäftspartner\*innen hätten knüpfen müssen;
- sie Berichten über negative Auswirkungen des Projektes nachgehen müssen. Dafür sollten sie auch mit Betroffenen und zivilgesellschaftlichen Organisationen in Kontakt treten;
- sie sich für die Betroffenen, die durch Hidroituango geschädigt wurden, gegenüber ihren Geschäftspartner\*innen für Abhilfe (*remedy*) – das heißt ein Ende der negativen Auswirkungen auf die Betroffenen, Wiedergutmachungen und die Aufarbeitung der Schäden – einsetzen müssen;
- sie selbst einen wirksamen Beschwerdemechanismus hätten einrichten müssen, den die Betroffenen kennen, der leicht zugänglich ist und transparent arbeitet, oder zumindest gegenüber ihren Geschäftspartner\*innen auf Einrichtung eines solchen Mechanismus bestehen müssen.

Welche dieser Maßnahmen sie tatsächlich ergriffen haben, um ihren Sorgfaltspflichten nachzukommen, legen die Unternehmen nicht offen.<sup>96</sup> Betroffene berichten, dass sie bisher von keinem deutschen Unternehmen kontaktiert worden sind.

**Die meisten Menschen- und Umweltrechtsverletzungen im Zusammenhang mit Hidroituango sind seit Jahren bekannt, entsprechende Belege öffentlich zugänglich und zum Beispiel von den Vereinten Nationen, der Interamerikanischen Menschenrechtskommission, Behörden und Medien in Kolumbien sowie zahlreichen kolumbianischen und internationalen Menschen- und Umweltrechtsorganisationen gut dokumentiert.**<sup>97</sup> Weil sich die deutschen Geldgeber, Zulieferer und Rückversicherer trotzdem für eine fortdauernde Beteiligung an dem Staudammprojekt entschieden haben, tragen sie gemäß den *UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte* auch eine Mitverantwortung für diese Vergehen.

International führt die unabhängige Beschwerdestelle der Interamerikanischen Entwicklungsbank (IDB), MICI, seit Februar 2020 eine interne Untersuchung gegen IDB Invest, den für privatwirtschaftliche Kooperationen zuständigen Zweig der Bankengruppe. Die Bank hatte EPM im November 2016 einen Kredit über 1,1 Milliarden US-Dollar für Hidroituango bewilligt und dafür unter anderem 100 Millionen US-Dollar bei der KfW-IPEX-Bank eingesammelt.<sup>98</sup> MICI sah ausreichende Belege, dass IDB Invest bei der Kreditvergabe viele Verstöße gegen Menschen-, Sozial- und Umweltrechte im Umfeld von Hidroituango nicht berücksichtigt und damit gegen eigene Sozial- und Umweltstandards verstoßen hatte. Der Untersuchungsbericht wird für 2022 erwartet.<sup>99</sup>

Während in Kolumbien und bei der IDB die Aufarbeitung des Skandalprojektes längst begonnen hat, ist von den an Hidroituango beteiligten deutschen Unternehmen bisher nicht bekannt, dass sie die damit in Zusammenhang stehenden Menschen-, Sozial- und Umweltrechtsverletzungen untersuchen. Eine von Betroffenen im Februar 2018 bei der staatlichen KfW-IPEX eingereichte Beschwerde hat die Bank bisher nicht beantwortet.

## NOTWENDIGE MASSNAHMEN FÜR DIE BETROFFENEN

Angesichts der zahlreichen Menschen- und Umweltrechtsverletzungen im Umfeld des Wasserkraftwerkes Hidroituango ist es dringend erforderlich, dass

- alle von Hidroituango Betroffenen und Menschen, die sich für deren Rechte einsetzen, sofort umfassenden und wirksamen **Schutz vor Angriffen**, Vertreibung, Drohungen, Stigmatisierungen, willkürlichen Verhaftungen und unfairen Gerichtsverfahren erhalten;<sup>100</sup>
- alle vom Projekt Hidroituango betroffenen Personen – auch diejenigen, denen die Aufnahme in die Zensus bisher verweigert wurde – **umfassende und ganzheitliche Wiedergutmachung** erhalten;
- alle **Menschenrechtsverletzungen, Verstöße gegen Umweltrecht sowie gegen Sozial- und Umweltstandards**, die im Zusammenhang mit Hidroituango stehen, in unparteiischen Verfahren von unabhängigen Instanzen **vollständig untersucht und strafrechtlich aufgearbeitet** und alle Verantwortlichen vor ordentliche zivile Gerichte gestellt werden;
- die **Leichname** von im Projektgebiet begrabenen Verschwundenen **weitergesucht** und geborgen, identifiziert und **in Würde den Angehörigen übergeben** werden;
- **rechtswidrige Zwangsräumungen sofort eingestellt** und Umsiedlungen im Einklang mit internationalem Recht durchgeführt werden. Dazu zählen insbesondere das Recht auf Konsultation und auf Rechtsschutz sowie das Recht auf Entschädigung;
- alle von Hidroituango **Betroffenen angemessen** an allen Entscheidungen über die Zukunft des Bauprojektes, die sich auf ihren Lebensalltag auswirken können, **beteiligt** und darüber regelmäßig und vollständig informiert werden.

**KfW-IPEX-Bank, Siemens bzw. Siemens Energy, Hannover Re, Munich Re, Kaeser Kompressoren und Südkabel** müssen ihren Sorgfaltspflichten im Sinne der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte nachkommen. Die Unternehmen sollten:

- sich bei all ihren Geschäftspartner\*innen in- und außerhalb Kolumbiens aktiv, kontinuierlich und mit Nachdruck **dafür einsetzen, dass sämtliche Rechte der von Hidroituango Betroffenen wirksam gewahrt und alle Menschenrechtsverletzungen** im Zusammenhang mit dem Projekt **sofort beendet werden**;
- darauf drängen, dass ihre unmittelbaren und mittelbaren Geschäftspartner\*innen ihre **Sorgfaltspflichten für die Menschenrechte, Umwelt- und Sozialstandards sofort vollständig einhalten**. Verstöße dagegen müssen sanktioniert werden – notfalls auch durch einen Abbruch der Geschäftsbeziehung;
- **Transparenz herstellen** über ihre genaue Beteiligung an Hidroituango und über die Maßnahmen, die sie ergriffen haben, um ihren Sorgfaltspflichten in Bezug auf das Projekt nachzukommen.

Die **Bundesregierung** sollte:

- **sich gegenüber ihren Gesprächspartner\*innen** in Kolumbien und international **dafür einsetzen, dass die Rechte von Menschen**, die Menschenrechtsverletzungen etwa durch Wirtschaftsprojekte wie den Hidroituango-Staudamm erlitten haben, **vollständig gewährleistet und alle Menschenrechtsverletzungen sofort beendet werden**;
- gegenüber den an Hidroituango beteiligten **deutschen Unternehmen anmahnen, ihren Sorgfaltspflichten unverzüglich und vollständig nachzukommen**. Die Bundesregierung sollte zudem prüfen, inwiefern sich die staatseigene KfW-IPEX-Bank in ihrer Geschäftsbeziehung zu dem Projekt an ihre eigenen Nachhaltigkeitsrichtlinien und an die menschenrechtlichen Vorgaben, wie sie etwa für die Durchführungsorganisationen des BMZ gelten<sup>101</sup>, gehalten hat und welche Maßnahmen gegebenenfalls ergriffen werden müssen, um deren Einhaltung künftig vollständig zu gewährleisten;
- die im **Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz** festgeschriebenen Sorgfaltspflichten für Unternehmen **deutlich robuster ausgestalten**. Dazu gehört unter anderem, dass der Geltungsbereich des Gesetzes auf deutlich mehr Unternehmen ausgeweitet und das Gesetz um eine explizite zivilrechtliche Haftungsregelung für Sorgfaltspflichtverletzungen durch Unternehmen ergänzt wird. Dazu gehört auch, dass im Gesetz künftig umweltbezogene Sorgfaltspflichten eigenständig verankert und sämtliche Sorgfaltspflichten sowohl für den gesamten „eigenen Geschäftsbereich“ eines Unternehmens, als auch für dessen gesamte Liefer- und Wertschöpfungskette einschließlich der Geschäftsbeziehungen zu „mittelbaren“ Zulieferern vollumfänglich festgeschrieben werden;<sup>102</sup>
- sich sowohl **auf EU-Ebene** als auch **im Rahmen des UN-Systems** aktiv und konstruktiv **für robuste, rechtsverbindliche Regelungen über die Sorgfaltspflichten von Unternehmen** einzusetzen.<sup>103</sup>

QUELLEN ZUM DOSSIER VERFÜGBAR  
AUF [WWW.KOLKO.NET](http://WWW.KOLKO.NET)

### IMPRESSUM

kolko e. V. – Menschenrechte für Kolumbien  
Greifswalder Str. 4  
10405 Berlin  
E [mail@kolko.net](mailto:mail@kolko.net)  
W [www.kolko.net](http://www.kolko.net)

### DISCLAIMER

Die genannten Organisationen tragen das Dossier im Rahmen ihres Mandats mit.

DIESE PUBLIKATION WIRD GETRAGEN VON

